

Empfindsam bleiben ist eine gleichsam utopische Haltung: die Sinne für ein Glück geschärft zu halten, das nicht kommen wird, jedoch uns im Bereitsein für es vor den ärgsten Verrohungen schützt.

Theodor W. Adorno

Inhalt:

Im Blickpunkt:
Privat oder öffentlich? 2

Vorgestellt:
Initiative Ökosozialismus 6

Aus der Initiative 8

Das Interview: Anja Becker 10

Blick über den Tellerrand:
Zwei Tagungsberichte 12

TIP(P)s - Termine, Infos, Publikationen 14

Impressum 15

In der Heftmitte: ECHT 16
- Nachrichten und Impulse zur Erd-Charta

Privat oder öffentlich?

„Das Private ist politisch“, hieß ein geflügeltes Wort der „68er“. Es forderte zugleich mit einer stärkeren Politisierung der Gesellschaft ein Aufbrechen und Ausbrechen aus einer allzu bürgerlich-traditionellen (und häufig sehr patriarchalen) Privatsphäre.

Ob „das Private“ heute politischer oder unpolitischer ist als vor 40 Jahren, sei dahingestellt. Manchmal drängt sich der Eindruck auf, es sei gerade umgekehrt: Ist möglicherweise das Politische - etwa durch jede Menge flüchtiger Arbeitsessen zwischen „befreundeten“ Regierungschefs - privater, auch irgendwie belangloser geworden? Täuscht der Eindruck von mehr „Klüngel“ und weniger Verbindlichkeit in der aktuellen Politik?

Fakt ist, dass sehr viel Privates mittlerweile wenn nicht politisch, so doch öffentlich ist. Wer kennt nicht die im vollbesetzten ICE ins Mobiltelefon gerufenen Neuigkeiten an den Freund, die nicht selten sehr persönliche bis intime Details enthalten? Oder den in der DB-Lounge pausenlos telefonierenden Geschäftsmann, der über sein schon gar nicht mehr sichtbares - Headset (denn „Handy“ war für manche gestern!) seinen MitarbeiterInnen im Büro Anweisungen erteilt - bis hin zu Aufträgen, die dem zwangsläufig Mithörenden am Nachbartisch zwar nicht in diesem Sinne „privat“, aber doch mindestens „vertraulich“ vorkommen.

Umgekehrt - und das dürfte das noch größere Problem sein - wird derzeit vieles „privatisiert“, wovon wir bisher annahmen, es sei (meist vielleicht sogar aus guten Gründen) öffentlich. Hier verabschiedet sich schleichend und oft unbemerkt „das Politische“ - nicht ins „Private“, aber in die fälschlich immer noch so genannte „freie“ Wirtschaft. Dass das nicht geht, ohne die Demokratie in ihren Grundfesten zu gefährden, erläutert der „Blickpunkt“-Artikel dieser Ausgabe von *initiativ*. Die Redaktion wünscht Ihnen gute Anregungen und Anstöße (nicht nur) zu der Frage, was eigentlich privat und was öffentlich ist - oder sein sollte...

Michael Steiner

Vom „Großen Bruder“ und manchen Grauzonen

Was ist eigentlich (noch) privat - und was öffentlich? Und warum?

Von Bernhard Möller

„Privat“ – das Schild in Arztpraxen und Gaststätten signalisiert: Hier sind wir falsch, hier haben wir nichts zu suchen. Mit „privat“ assoziieren wir aber nicht nur die häusliche Umgebung, unser Selbst fernab von öffentlichen Rollen, unser Innerstes, das wir vor der Neugier anderer schützen und allenfalls wenigen vertrauten Menschen erschließen. Das Schild „Privat“ heißt auch, dass wir als Person Träger von Rechten sind, die das Bürgertum der Neuzeit gegen absolutistische Herrscher erkämpft hat und die in Grundgesetz und Menschenrechten ihren Niederschlag gefunden haben. Wir müssen unsere politischen und religiösen Überzeugungen, unser Wahlverhalten nicht aufdecken, unser Eigentum ist geschützt.

Diese Freiheitsrechte haben zwar Grenzen in ihrem Bezug auf die Gesellschaft und die Rechte anderer. Es macht sich aber eine Umdeutung und Ummünzung der Begriffe „privat“ und „öffentlich“

breit. Beide werden in einer Weise miteinander vermischt, die den jeweiligen Charakter des Gegenstandes nicht mehr erkennen lässt.

Wenn Eva Illouz, eine israelische Soziologin und Anthropologin, Recht hat, sind die Übergänge von privat und öffentlich fließend geworden. Denn es gibt einen öffentlichen Diskurs über das eigene Selbst und die persönlichen Emotionen; MitarbeiterInnen von Unternehmen werden nach emotionalen, kommunikativen und sozialen Kompetenzen beurteilt; die Werbung entwickelt im Hinblick auf Emotionen ihre Vermarktungsstrategien.

Schärfen wir einmal unseren Blick:

Durchlöcherte Privatsphäre

Durchlöchert wird die Privatsphäre durch Marktforschung und Werbung, die unser Denken und Verhalten zu

steuern suchen. Dabei sollen nicht nur durch die Psychologie Bedürfnisse und Wünsche suggeriert werden, sondern es ist technisch auch möglich, unser Konsumverhalten über in Waren eingebaute Mikrochips zu erkunden. Setzen sie sich durch, so schleppen wir sie nach dem Einkauf als Spione in unsere Wohnung ein. Die Findigkeit der Marktforschung, deren Mechanismen wir nicht immer durchschauen, scheint unerschöpflich. Doch arbeiten wir ihr unbedacht entgegen, wenn wir etwa Payback-Karten benutzen, uns an Preisausschreiben beteiligen oder in Bahnhöfen einen schicken Wagen zu gewinnen trachten und unsere Adresskarte durch das knapp geöffnete Seitenfenster des Wagens einwerfen. „Meine Adresse bekommt Ihr nicht!“ wäre der bessere Reflex.

An die Videoüberwachung öffentlicher Plätze, von Bahnhöfen und Geschäften haben wir uns so gewöhnt, dass wir sie gar nicht mehr bemerken. Wir wissen

Die Zerbrechlichkeit des Sozialen

Erkenntnisse eines Fachgesprächs zu öffentlichen Gütern und Veränderung von Staatlichkeit

Die öffentlichen Kassen sind leer. Die Staatsverschuldung ist enorm. Immer weniger ist der Staat noch Garant des Gemeinwohls oder schafft es, individuelle und gesellschaftliche Risiken wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit auszugleichen. In dieser Situation fällen sowohl Kommunen als auch die Bundesregierung oft die Entscheidung, große Teile des Hab und Guts zu verkaufen, das die öffentliche Hand besitzt. Seien es U-Bahnen oder Stadtwerke, uralte Buchen oder die Wasserversorgung. Dieser Prozess läuft momentan extrem rasant. Dass dabei einiges unwiederbringlich verloren geht, dass sich sogar der Staat, wie wir ihn kennen, verändert, fühlen die meisten Menschen.

Die AG Frauen im *Forum Umwelt und Entwicklung* lud am 1. November 2006 zum Fachgespräch nach Berlin. Ziel war es, öffentliche Güter in den Blickpunkt zu stellen und zu untersuchen,

welche Voraussetzungen für eine echte Nachhaltigkeit, für eine Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, Jüngeren und Älteren, und für eine Sicherheit der Lebensgrundlagen aller Menschen nötig sind.

Was früher selbstverständlich vom Staat bereitgestellt worden ist, sei es die kostenlose Bildung oder öffentliche Busse und Bahnen möglichst auch in ländliche Gegenden, wird mehr und mehr abgebaut und privatisiert. „Aus StaatsbürgerInnen mit selbstverständlichen Rechten werden KonsumentInnen, die nur dann einen Zugriff auf die Güter haben, wenn sie sich die leisten können“, erläutert die Politikwissenschaftlerin Daniela Gottschlich. Wer dann zum Beispiel kein eigenes Auto hat, weiß, wie schwierig es ist, selbständig zu bleiben. Die Privatisierung verläuft in vielen Bereichen gleichzeitig: für die Rente muss selbst vorgesorgt werden, die Zuzahlungen bei

Medikamenten erhöhen sich. Der Druck auf die Einzelnen erhöht sich – finanziell und zeitlich.

Was sind öffentliche Güter?

Die Politikwissenschaftlerin Dr. Dagmar Vinz stellt folgendes Konzept vor. Ob ein Gut öffentlich ist, kann man mit Hilfe von zwei Kriterien untersuchen: der Frage der Ausschließbarkeit oder Nicht-Ausschließbarkeit von diesem Gut und der Frage der Rivalität / Nicht-Rivalität. Am Beispiel des öffentlichen Gutes Luft: Niemand kann vom Atmen ausgeschlossen werden; der Zugang dazu ist frei. Und: Es können beliebig viele Menschen atmen, ohne dass sich die Qualität für den Einzelnen dadurch verringert, d.h. sie müssen nicht um die Luft rivalisieren. Es handelt sich um ein vollständig öffentliches Gut. Das komplette Gegenteil dazu, ein vollständig privates Gut, sind die Waren auf dem

um unser Sicherheitsbedürfnis und kennen das Schutzinteresse der Ladenbetreiber vor Diebstahl an. Doch wir übersehen allzu leicht, dass die Technik mehr kann als sie darf. Gegen eine Videoüberwachung in einer Wohnanlage ist der Hamburger Datenschutzbeauftragte eingeschritten, weil sie an die Klingel gekoppelt und für jeden Mieter abrufbar war, selbst wenn Nachbarn Besuch erhielten. Mobiltelefone lassen sich in Abhöranlagen umfunktionieren; Handys, die gezielt liegen gelassen oder verändert wurden, wurden preisgünstige Wanzen, durch die Konferenzen mitgehört wurden.

Ruinös kann die Ausforschung von Personen, Scoring genannt, durch Auskunftsdateien werden. Es genügt schon, in einem schlecht beleumundeten Wohnviertel zu leben, um höhere Kreditzinsen zahlen zu müssen. Dafür müssen dann die Betroffenen bei der Auskunftsdatei für eine Selbstauskunft, zu der sie berechtigt sind, eine Gebühr bezahlen, wogegen die Datenschützer vorgehen wollen. Die Keckheit, diese Techniken zur Kontrolle und Ausforschung einzusetzen, ist beträchtlich, und die Sicherheitslücken der technischen Systeme immens.

Markt: Wer nicht zahlt, ist ausgeschlossen; es herrscht Rivalität.

Auch zwischen diesen beiden Extremen gibt es Varianten. Ein Gut, von dem zwar niemand ausgeschlossen ist, aber bei dem es eine Rivalität im Konsum gibt, wäre die alte Allmende, das Gemeinland, auf dem alle ihre Ziegen weiden lassen können. Des weiteren gibt es sog. „Klubgüter“, wie zum Beispiel ein Jachthafen oder Fitnessstudio: Hierbei besteht zwar keine Rivalität im Konsum, es ist aber überhaupt nur ein definierter, zahlender Kreis zugelassen.

Dr. Christa Wichterich von Attac stellt diese Perspektive in einen weltweiten Zusammenhang. Wenn ein Bauer in Chile oder Indien plötzlich für das Wasser aus dem Brunnen, von dem er immer Wasser geholt hat, zahlen muss, zeigt sich auf besonders krasse Weise, wie der vorher freie Zugang nach der Privatisierung nicht mehr möglich ist. Das Wasser gehört dann einem Konzern, der Zugangspreis richtet sich nach dem Markt.

Intransparenz ist Geld wert

Gleichwohl ist der Schutz der Person und der privaten Sphäre immer noch attraktiv, so sehr, dass Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Dinge, die von öffentlichem Interesse sind, als privat deklarieren und sie geheim halten: etwa, für wen ein gewählter Abgeordneter noch tätig ist, von wem er sich Gutachten schreiben lässt oder Spenden erhielt. Der Spendenskandal lässt grüßen. Einem Altbundeskanzler, der wieder als ehrenwerter Politiker angesehen wird, gilt das Großspendern gegebene Ehrenwort immer noch mehr als seine Verpflichtung gegenüber dem Gesetz und dem Staat, den er regierte. Reden ist Silber – Schweigen ist Gold, ist Geld wert, wenn Dinge nicht mehr transparent sind.

Die persönlichen Freiheitsrechte sind eindeutig formuliert und im Rahmen der Gesetzgebung konkret einklagbar und durchsetzbar. Schwieriger ist es mit den sozialen und wirtschaftlichen Rechten, die in unserer Verfassung nur in den generellen Grundsätzen der Artikel 20 (1) und 28 (1), dass die Bundesrepublik ein sozialer Bundesstaat und sozialer Rechtsstaat ist, enthalten sind. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Die Grenzen zwischen Öffentlichem und Privatem werden neu gezogen

Schließt das öffentliche Schwimmbad, wird die Freizeitgestaltung teurer oder komplizierter. Je mehr Kinder in einer Schulklasse sitzen und je mehr der Schulstoff komprimiert wird, desto stärker hängt der Schulerfolg davon ab, ob die Eltern zuhause weitere Zeit mit Lernen verbringen können. Dabei wird erkennbar: Viele dieser vormals staatlichen Aufgaben werden auf diejenigen abgeschoben, die schon jetzt den Löwenanteil der Sorgearbeit wie Kindererziehung, Pflege von Angehörigen etc. schultern. Das heißt, die Kürzungen im Sozialbereich gehen mit einer Mehrbelastung insbesondere von Frauen einher.

Damit verschwinden diese Aufgaben aus dem Gesichtsfeld der Gesellschaft. War es auch schon bisher Kern der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, dass reproduktive Arbeiten wie Haushaltsführung, Kindererziehung, Altenbetreuung und Ehrenamt nicht als richtige „Arbeit“ galten, werden in einer

te der Vereinten Nationen von 1948 ist da schon konkreter, heißt es z.B. in Artikel 25: „Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Fürsorge, gewährleistet; er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter und anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“

Wie wenig sich diese sozialen und wirtschaftlichen Rechte durchgesetzt haben, zeigt der Vergleich der tatsächlichen globalen Weltwirtschaftsinstitutionen mit der Formulierung des Artikels 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“

Sicher haben – oder hatten – wir in der Bundesrepublik Deutschland eine über Jahrzehnte gewachsene Kultur der

Forts. auf Seite 4

privatisierten Welt immer größere Anteile von gesellschaftlich wichtiger Arbeit als unproduktiv und „Wert“-los gesehen. Dabei hat diese Arbeit eine erhebliche wirtschaftliche und soziale Bedeutung und trägt zum gesellschaftlichen Wohlstand bei.

„Wir sollten die Debatte um öffentliche Güter nutzen, um grundlegend zu fragen, ob der Zugang zu Wasser, Land etc. nicht so wichtig ist, dass dies als Recht aller BürgerInnen dieser Erde angesehen werden muss, unabhängig von ihrer Kaufkraft. Wir müssen uns gegen eine Wirtschaftsweise wenden, die das Gemeinwohl und das grundlegende Prinzip des Sozialen, die Angewiesenheit auf Hilfe, konstant ausblendet“, ist das Resümee aus dem Fachgespräch. Die Beiträge des Fachgesprächs sollen im Vorfeld des G8-Gipfels im nächsten Jahr veröffentlicht werden.

Anja Becker

Anja Becker ist Geschäftsführende Referentin der Ökum. Initiative Eine Welt. (Siehe Interview auf den Seiten 10-11.)

Daseinsvorsorge mit Institutionen und öffentlichen Unternehmen, die eine annähernde Gleichheit der Lebensverhältnisse sicher stellen und Ausgrenzung durch Armut, Arbeitslosigkeit und Krankheit verhindern sollen. Doch sie standen auch unter dem Vorbehalt, dass dazu die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben seien. Derzeit wird eher angezweifelt, dass dies der Fall sei, und auf die klammen Kassen der Öffentlichen Hand verwiesen.

Doch diese klammen Kassen sind staatlicherseits eher selbstverschuldet, da die potentesten Steuerzahler geschont und entlastet wurden, der Gesetzgeber den Einflüsterungen der Lobbyisten erlegen ist und der Staat im globalen Wettlauf um die günstigsten Ansiedlungsbedingungen für internationale Konzerne und Anleger eher der Hase ist, der den Wettlauf gegen die Igel nicht gewinnen kann. Hoffen hierzulande Regierung und Parlament, die Unternehmenssteuern bei 30 % (andere empfehlen 25 %) einzupendeln und sie wirklich bekommen zu können, heißt die neueste „Wasserstandsmeldung“ aus Kolumbien, dass der Staat dem Unternehmen, das den lukrativen Steinkohle-Tagebau betreibt, die Steuern von 15 % auf 0,5 % gesenkt hat.

Eine kulturelle Gegenrevolution

Es ist beileibe nicht wirtschaftliche Not, die soziale Standards senkt, sondern eine kulturelle Gegenrevolution. Sie wird deutlich im Bewusstsein um die Eigentumsrechte, die in Artikel 14 unseres Grundgesetzes formuliert sind: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.“ Denn Satz 2 dieses Artikels wird allzu oft vergessen: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“

Ausdruck dieses Bewusstseinwandels auf breitester Ebene sind die Verlagerungen öffentlicher Aufgaben auf private Unternehmen, etwa Privatisierungen oder Projekte von Public-Private-Partnership. Privatisierung kann zweierlei heißen: zum einen Überführung einer Institution öffentlichen Rechts in eine privatrechtliche Betriebsform, etwa in eine GmbH, die aber der Öffentlichen Hand weiterhin gehört. Wenn über „Privatisierung“ gesprochen wird, ist –

die zweite Bedeutung – meist der Eigentümerwechsel, der Übergang der Eigentumsanteile vom Staat oder einer Kommune auf private Eigentümer gemeint. Dies können Einzelaktionäre sein wie bei der Telekom, oder aber private Unternehmen oder Finanzinvestoren.

Diese Vorgänge sollten aber nicht allein politisch und ordnungspolitisch, sondern durchaus auch ökonomisch untersucht und bewertet werden. Wir nähern uns dem Kern des Problems.

Zunächst einmal muss der Pauschalverdacht außen vor bleiben, öffentliche Institutionen und Unternehmen würden weniger kostengünstig wirtschaften als die freie Wirtschaft. Es mag noch Inseln der Behäbigkeit im öffentlichen Dienst geben. Die Leistungsfähigkeit öffentlicher Unternehmen und Institutionen ist aber zwischenzeitlich erwiesen, sie kann mit der der Wirtschaft mithalten. Gegenteilige Behauptungen verdecken ungenannte Beweggründe.

Wessen Interessen zählen?

Wir wissen, dass z.B. Lobbyisten der Pharmaindustrie an Gesetzesvorlagen zur Gesundheitsreform schrieben und nicht die Betroffenen, die Kranken und die Bürger, die – frei von allem Elfenbeinturm – ihre Kompetenz der Praxis haben. Doch dies gibt es nicht nur im Gesundheitswesen. Lobbyisten tummeln sich gleichermaßen in Berlin oder Brüssel. Dadurch sind Unternehmen, die nur Gewinnabsichten haben, erschreckend nah an Regierung und Parlamente herangerückt. Ihre Interessen sind nicht per se Interessen der Gesellschaft und aller Bürger, doch werden sie immer stärker als gesellschaftliche und staatliche Interessen formuliert. Der Staat gibt sich ihnen gegenüber schwach, obwohl er es ist, der eigentlich die Regeln vorgeben und durchführen kann.

**Politik ist die Kunst,
die Menschen davon abzuhalten,
sich in Dinge einzumischen,
die sie eigentlich angehen.**

*Ein ironischer Mensch,
nach David Sogge*

Hier wird die Ummünzung von Begriffen besonders greifbar: Was ist „privat“ – was ist „öffentlich“? Ganz anders als in George Orwells Roman „1984“ wird nicht die Politik, sondern ein ganz anderer zum Großen Bruder. Sind es nicht die grauen Männer mit den Aktentaschen, die bei Michael Ende's „Momo“ die Zeit stehlen?

Wir müssen wieder klar bekommen, was öffentliche und auch hoheitliche Aufgaben sind und welche öffentlichen finanziellen Mittel wir dafür in die öffentlichen Haushalte einstellen. Dies muss in einem offenen bürgerschaftlichen Dialog erörtert werden und darf nicht in kleinen Zirkeln und ideologisch vorentschieden werden. Der Staat selbst muss wieder für ausreichende und gerechte eigene Einnahmen, sprich: Steuern, sorgen. Danach können wir uns darüber verständigen, welche Aufgaben davon die Wirtschaft übernimmt.

Doch auch wenn öffentliche Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge durch nicht-öffentliche Unternehmen geleistet werden, muss staatlicherseits Vorsorge vor Missbrauch und Ausnutzung wirtschaftlicher Macht, etwa bei Quasi-Monopolen mit Leitungsrechten für Strom, Gas, Telefon oder auch Verkehr, getroffen werden. Die dafür notwendigen Regulierungsbehörden müssen mit Personal und einem ausreichenden Etat versehen werden, damit sie nicht nur eine Alibi-Funktion haben.

Marktprinzip versus Demokratie

Wenn wir weiterhin freien Unternehmen die öffentliche Daseinsvorsorge überlassen, müssen wir uns bewusst sein, dass das ausschließliche Marktprinzip die Demokratie gefährdet. Denn das Prinzip „ein Bürger – eine Stimme“ wird durch „ein Euro/eine Aktie – eine Stimme“ ersetzt. Marktunternehmen sind keineswegs transparenter und regeln nicht deshalb alles besser, weil sie ihren Anlegern gegenüber Rechenschaft über die Verwendung der investierten Finanzmittel abgeben. Die Entscheidungen, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen, werden lange zuvor gefällt. So schließt das Marktprinzip aus, demokratische Willensbildung wird eingeeengt. Eher ist es notwendig, Unternehmen und Investoren ihre öffentliche Verantwortung klar zu machen.

Was der Verkauf an private Investoren für die öffentliche Versorgung bedeuten kann, ist gut in Großbritannien zu beobachten. Hier wurde die Privatisierung schon früher, zu Thatcher-Zeiten, heftig favorisiert. Die privaten Investoren ließen das Bahnnetz verrotten statt es zu erhalten, und auch das Wasser- und Abwassernetz von London verfällt.

In letzterem Fall heißt die ausländische „Heuschrecke“ RWE, die sich 1999 mit dem Kauf der 1989 privatisierten Thames Water Utilities Limited zweistellige Renditen erhoffte. Doch statt in die ältesten Wasser- und Abwassernetze der Welt zu investieren, richtete RWE eine Beschwerdestelle ein, die die Rechtmäßigkeit der Beschwerden prüfte, was billiger war. Nachdem der Druck der Öffentlichkeit zu groß wurde und eine neu eingerichtete Regulierungsstelle RWE aufforderte, von 2005 bis 2010 insgesamt 714 Millionen in die Trinkwasser- und 470 Millionen in die Abwasserleitungen zu investieren und RWE nur eine Rendite von 6 % zugestand, kündigte RWE den Verkauf von Thames Water an und will das Unternehmen jetzt im Dezember 2006 an den australischen Finanzinvestor Macquarie's Bank weiterveräußern. „Global investieren – lokal ruinieren“ darf keine Zukunft haben!

Widerstand regt sich

Gegenmacht ist notwendiger denn je, auch wenn sie noch weit davon entfernt ist, sich wirkungsvoll zu organisieren. Diejenigen, die die wirkliche Macht haben, den Einfluss und das Geld, das öffentliche Leben zu dominieren, haben es so noch einfach, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sich privat und unverbindlich gibt und konsumiert – zumindest solange, wie sie noch das nötige Kleingeld dazu hat. Doch zeigt sich bei der Privatisierung von Wohnungen, dass sich Widerstand regt und dass er Erfolg haben kann.

**Wer beizeiten
den Mund aufmacht,
erspart sich später
langes Zähneknirschen.**

aus Russland

In der Kommunalpolitik sind alle Parteien anfällig für Privatisierungen, genauso wie es in fast allen Parteien Gegner der Privatisierung gibt. Genau dadurch sind Koalitionen zwischen bürgerschaftlichen Initiativen im Schulterschluss mit politischer Opposition möglich. Dass solche Initiativen erfolgreich sind, zeigt das Beispiel Freiburgs. Wohl wissend, dass ein Verkauf städtischer Wohnungen bei massiver Gegenwehr der Bürger politischer Selbstmord sein kann, wurde zunächst ein entsprechender Stadtratsbeschluss verschoben, dann am 18. Juli 2006 beschlossen, den



Protest gegen die Privatisierung der LEG

Verkauf vorrangig an genossenschaftlich organisierte Unternehmen zu prüfen. Ein Bürgerentscheid kippte schließlich Mitte November diesen Beschluss, weil sich 70,5% der BürgerInnen gegen einen Verkauf aussprachen.

Ähnliche Gegenwehr ist beim Verkauf der LEG Landesentwicklungsgesellschaft in Nordrhein-Westfalen zu beobachten, den die 2005 gewählte Landesregierung aus CDU und FDP im Wahljahr angekündigt und im Oktober 2006 im Kabinett beschlossen hat. Mieterbeiräte, Mietervereine und Betriebsräte nahmen ihrerseits die Ankündigung der Regierung nicht widerspruchslos hin und initiierten die Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ mit dem Ziel, landesweit 66.000 Unterschriften von Wählern

(0,5 % der Wahlberechtigten) zu sammeln und damit nochmals die gesetzlich vorgeschriebene Befassung der Privatisierung im Landtag zu erzwingen.

Öffentlichkeit ist wichtig

Vor jeder Gegenwehr muss allerdings Öffentlichkeit hergestellt werden. So ist Wachsamkeit geboten, wenn etwas als geheim erklärt wird: vom Geheimdienst über Gutachten, die von Regierungen unter Verschluss gehalten werden, obwohl sie von Wählern und Steuerzahlern bezahlt sind, bis hin zum Bankgeheimnis, das nicht nur dazu da ist, Eigentumsverhältnisse vor Neugier und Geschwätzigkeit anderer zu schützen, sondern auch die Sozialpflichtigkeit von Eigentum zu umgehen.

Geheimhaltung zu durchbrechen erzielt Wirkung. Die Mafia lebt vom Schweigen. In Neapel und Palermo beginnen Geschäftsleute, die zur Zahlung von Schutzgeld erpresst werden, Anzeige zu erstatten. Eine Kampagne fordert die Verbraucher auf, in Geschäften zu kaufen, die nicht an die Mafia zahlen. In der Menschenrechtsarbeit für Kolumbien habe ich die Notwendigkeit begriffen, Verletzungen von Menschenrechten und Humanitärem Völkerrecht öffentlich zu machen. Das Rechts-Links-Schema wird überholt, wenn deutlich wird, dass alle den Bürgerkrieg führenden Konfliktparteien die gleichen unmenschlichen Praktiken anwenden, die Landbevölkerung vertrieben wird und das Land illegal den Besitzer wechselt. Ich konnte erfahren, wie Öffentlichkeitsarbeit Menschenleben gerettet hat, als in Medellín von Paramilitärs zum Verschwinden gebrachte Wissenschaftler eines Sozialinstituts auf Grund internationaler Einsprüche wieder frei kamen.

Demokratie braucht Transparenz

„Whistleblower“ werden diejenigen genannt, die aus der Forschung und Entwicklung Geheimnisse über Fehler und Gefahren der Forschung preisgeben, aus denen Fehlentwicklungen entstehen können. So wurden die Unzulänglichkei-

Forts. auf Seite 6

„Ökosozialismus oder Barbarei“ Die „Initiative Ökosozialismus“ stellt sich vor

Von Bruno Kern

Im September 2004 traf sich in Mainz eine Handvoll Leute, um die „Initiative Ökosozialismus“ aus der Taufe zu heben. Uns verbinden einige zentrale Grundüberzeugungen, denen wir möglichst wirksam Gehör verschaffen wollen und die unserer Meinung nach im herrschenden Mainstream auch kritischer NGOs und Bewegungen derzeit kaum Resonanz finden:

Wir gehen davon aus, dass die ökologische Krise innerhalb von kurzer Zeit so tiefgreifende Umbrüche auslösen wird,

dass sich viele aufgeregte tagespolitische Debatten von heute dagegen lächerlich ausnehmen werden. Die weltweite Ressourcenknappheit und die sich zuspitzenden Krisen werden als Vorzeichen alle anderen gesellschaftlichen Fragen bestimmen.

Angesichts dieser Tatsache sind wir erstaunt und erschrocken darüber, wie ignorant nicht nur die herrschende Politik, sondern auch alternative politische Bewegungen – etwa die Sozialforen – über die ökologische Frage hinwegsehen.

Innerhalb der Linken ist sie ohnehin notorisch unterbelichtet. Was uns besonders enttäuscht, ist, dass gerade bei den linken Kräften hierzulande der fundamentale Zusammenhang von Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit kaum gesehen wird. Eine Studie des Münchener Fraunhofer Instituts hat prognostiziert, dass es bis zum Jahr 2030 weltweit 900 Mio. bis 1,8 Mrd. zusätzlicher (!) Hungertoter weltweit geben werde, falls klimapolitisch nicht radikal umgesteuert werde. Die dringlich-

Forts. auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 5:

ten des Raketenabwehrsystems der USA enthüllt und am Beispiel von an Ratten verfütterten genmanipulierten Kartoffeln die Gefahren genmanipulierter Lebensmittel.

Demokratische Strukturen und Mitbestimmung brauchen Transparenz, brauchen unser beharrliches Nachhaken, nicht nachsichtiges Schweigen und die Beruhigung, dass es nicht so schlimm kommen werde. Wir können es uns nicht leisten, Transparenz kritischen Journalisten, „Transparency International“ oder den Whistleblowern zu überlassen.

Transparenz fordern ist das eine; selbst transparent sein das andere. Wenn wir nicht wollen, dass unsere Gesellschaft so wird, wie sie sich entwickelt, kommen wir nicht umhin, unsere Werte nach außen deutlich zu machen. Umbrüche bahnen sich über Kopf und Bauch an, über Kultur. Was uns bewegt, widerfährt, unsere Einsicht ist, wird Thema.

Ich halte nicht hinter dem Berg, wo ich mich engagiere; ich suche und habe

**Du gibst eine Hand,
du nimmst eine Hand;
es bleibt die Freundschaft.**

aus Haiti

MitunterzeichnerInnen für Proteste gefunden, wenn Menschenrechte verletzt werden. Ich tue es selbstverständlich, aber nicht missionarisch-penetrant und respektiere diejenigen, die nicht unterzeichnen möchten. Ich werde aber oft nach meinen Quellen und weiteren Details und Zusammenhängen gefragt. Und an Stellungnahmen, Berichten und Geschichten, die meine Mailbox erreichen, merke ich, dass auch andere das ähnlich sehen und tun.

Alternativen und andere Aspekte werden erkennbar. Transparenz als die Eine Welt, in der nicht alles verrechnet wird, nicht nur auf Gegenseitigkeit gegeben und genommen wird, in der nicht alles auf 100 % aufgehen muss. Ein Nicht-Nullsummenspiel kann die 100 % übersteigen, der Kuchen wird größer. So geschieht es in einer guten Beziehung, in der beide wachsen, in der Familie, in der das Beste umsonst gegeben wird: Liebe, Zuwendung, Solidarität.

Bauen wir an einer Gesellschaft, in der es etwas umsonst geben kann, in der öffentliche Güter hoch gehalten und erhalten werden, nicht alles kommerzialisiert wird und dem verborgenen Gewinn dient. Schützen wir unsere Rechte als Person, fordern wir Öffentlichkeit, wo es uns alle angeht, seien wir selbst auch transparent.

Bernhard Möller arbeitet als kaufmännischer Projektbearbeiter in einem Im-

mobilienunternehmen und lebt mit seiner Partnerin in Krefeld. Er engagiert sich in einem örtlichen Nachbarschaftsladen und für die Menschenrechte in Kolumbien. ■

Literatur:

Joel Bakan, Das Ende der Konzerne. Die selbstzerstörerische Kraft der Unternehmen, Leipzig 2005

Joel Bakan zeigt, dass Unternehmen alle freiwilligen sozialen und Umweltmaßnahmen kippen, wenn die Rendite für die Anleger zu gering wird. Denn diesen sind sie per Gesellschaftsvertrag verpflichtet, und diese Verpflichtung könne eingeklagt werden. Er macht allerdings auch Lösungen deutlich, wie der Macht der Konzerne zu begegnen ist.

Werner Rügemer, Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz, Münster 2006

Werner Rügemer zieht eine empirisch begründete Bilanz der Privatisierung in Deutschland und zieht die Konsequenz, dass öffentliche Daseinsvorsorge als Teil einer kooperativen Ökonomie entwickelt werden muss.

Inkota-Brief, Privatisierung - das Gemeinwohl in Gefahr, Heft Dezember 2005, Berlin 2005

ste soziale Frage ist für uns deshalb die ökologische! Wo ist die Linke, deren Programmatik und Handeln diesem Faktum gerecht würde?

Politische Lösungsvorschläge, die heute ernst genommen werden wollen, müssen ein Kriterium erfüllen: Sie müssen „kapitalismuskompatibel“, „marktkonform“ sein. Ansonsten gerät man in den Verdacht, zu den ewig Gestrigen zu gehören, die den ideologischen Ballast nicht abwerfen können. Die Lösung der ökologischen Herausforderung soll deshalb so in Angriff genommen werden, dass unser kapitalistisches System grundsätzlich nicht in Frage steht. Allein marktkonforme Instrumente wie Ökosteuern, der Handel mit Verschmutzungsrechten, der Marktautomatismus etc. gelten als legitim.

Die ökologische Herausforderung wird zu einem technisch zu bewerkstelligen Problem verniedlicht: Man müsse eben nur intelligentere Technologien anwenden und könne dann im Wesentlichen so weiter machen wie bisher. Denn was bei Linken und Bürgerlichen gleichermaßen verpönt ist: Die Infragestellung unseres Lebensstils und unseres Konsumniveaus. Typisch dafür ist etwa die Verheißung Ernst Ulrich von Weizsäcker, bei halbem Energie- und Ressourcenverbrauch den doppelten Wohlstand zu erreichen.

Wir versuchen in unseren Debattenbeiträgen nachzuweisen, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Der Umstieg auf „erneuerbare Energien“ allein kann den notwendigen ökologischen Wandel nicht bewirken. Es herrscht in alternativen Kreisen heute z.B. eine naive Euphorie in Bezug auf die Solarenergien. Dabei lügt man sich in die eigene Tasche: Man verschweigt geflissentlich, dass wir nicht nur auf andere Quellen zurückgreifen müssen, sondern dass wir das Niveau unseres Energieverbrauchs insgesamt drastisch reduzieren müssen – so drastisch, dass unser Typ von Industriegesellschaft selbst zur Disposition steht. Das gilt auch für andere Bereiche, z.B. die Mobilität: Die Brennstoffzellen werden keineswegs alle Probleme lösen, wir werden vielmehr insgesamt ein anderes Verhältnis zur Mobilität gewinnen müssen. Es entspricht eben nicht menschlichem Maß, innerhalb von 24 Stunden an nahezu jedem beliebigen Punkt der Erde sein zu können.

Wer ökologische Nachhaltigkeit will, der wird sich auch mit einem wesentlich niedrigeren Verbrauchsniveau zufrieden geben müssen. Unsere Wirtschaft wird – soll sie tatsächlich den Kriterien ökologischer Nachhaltigkeit genügen – nicht nur nicht weiter wachsen dürfen, sondern radikal schrumpfen müssen! Natürlich ist das nicht mehr vereinbar mit der kapitalistischen Organisationsweise unserer Ökonomie, die ohne ständiges Wachstum nicht funktionieren kann. Was, wie und wieviel produziert wird, darf in Zukunft nicht mehr dem Chaos kapitalistischer Profitinteressen überlassen werden, sondern darauf wird sich die Gesellschaft bewusst planend verständigen müssen. Wir sind uns sehr wohl dessen bewusst, dass Sozialismus und Planwirtschaft in Verruf geraten sind. Aber wir halten es grundsätzlich für eine Beleidigung der menschlichen Vernunft, ihrer vorausschauenden Planung weniger zuzutrauen als dem blinden Marktmechanismus. Unser Leitbild ist dabei radikal basisdemokratisch.

Unter den alternativen Bewegungen wie den Sozialforen, attac und vielen (auch kirchlichen) NGOs gibt es heute einen Minimalkonsens, der sich gegen den herrschenden Neoliberalismus richtet. Wir schätzen das nicht gering, weil es diese breite, „globalisierungskritische“ Bewegung geschafft hat, die geistige Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie zu brechen. Allerdings scheint uns die Kritik am Neoliberalismus meistens von einem explizit formulierten oder unausgesprochenen Keynesianismus geleitet zu sein, den wir für mindestens ebenso bedenklich halten – setzt er doch genauso wie der Neoliberalismus ein stetiges, blindes ökonomisches Wachstum, ein stetiges Anheizen des Konsums, voraus.

Den Begriff „Ökosozialismus“ haben wir natürlich nicht erfunden. Unseres Wissens war es der unvergessene Carl Amery, der diesen Begriff – zumindest im deutschen Sprachraum – das erste Mal geprägt hat. Seither gibt es viele, die ihn benutzen – nicht immer im selben Sinne. Wir erwähnen hier etwa nur den Pariser Religionswissenschaftler Michael Löwy oder das – anlässlich des Jugoslawienkrieges aus der Partei ausgestretene – Gründungsmitglied der Grünen, Eckart Stratmann-Mertens. Wir knüpfen natürlich an viele große Vordenker sehr unterschiedlichen Zuschnitts an: Karl Marx ist für uns eben-

so ein Bezugspunkt wie Mahatma Gandhi.

Inzwischen ist unsere Initiative auf ca. 70 Interessierte in Deutschland und Österreich angewachsen. Wir haben keine festen Organisationsstrukturen, sind also kein „e.V.“ oder Ähnliches, sondern ein offenes Kontaktforum für alle, die unsere Ziele teilen bzw. darüber ins Gespräch kommen. Unsere Aufgabe sehen wir zurzeit darin, die verschiedensten Kanäle zu nutzen, um Debatten zu beeinflussen. Ein Instrument dafür ist unsere Website, die inzwischen auf erfreulich gute Resonanz stößt: www.oekosozialismus.net. Hier finden sich aktuelle Debattenbeiträge, Kommentare etc., die genauer über das Auskunft geben, was in diesem Beitrag nur angedeutet werden kann.

Unsere Grundpositionen haben wir kurz und prägnant in einer Broschüre zusammengefasst: Saral Sarkar/Bruno Kern, Ökosozialismus oder Barbarei. Eine zeitgemäße Kapitalismuskritik. Sie kann als pdf-Datei von unserer Website heruntergeladen oder bei unten angegebener Kontaktadresse in gedruckter Form (gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro) bezogen werden. Für alle, die die vertiefte Auseinandersetzung nicht scheuen, verweisen wir auf das für uns maßgebende grundsätzliche Buch von Saral Sarkar, Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen. Es ist ebenfalls bei uns direkt zu beziehen. Von der englischen Version dieses Buches „Ecosocialism or ecocapitalism?“ können wir Restexemplare zurzeit sogar kostenlos anbieten.

Wichtig ist uns der Kontakt zu und ständige Austausch mit befreundeten Organisationen in Bewegungen und Parteien. Wir hoffen, Ende 2008 mit einem internationalen Kongress in die Öffentlichkeit treten zu können. Bis dahin freuen wir uns auf einen lebendigen und fruchtbaren Austausch mit allen, denen die Utopie einer „anderen Welt“ am Herzen liegt. ■

Kontakt:

Initiative Ökosozialismus
c/o Dr. Bruno Kern
Mombacher Straße 75 A
55122 Mainz, Tel.: 06131/236461
e-Mail: info@oekosozialismus.net

„Nachhaltig leben und Gewaltfreie Kommunikation“ Rückblick auf eine Premiere der Ökumenischen Initiative Eine Welt

Spannendes Neuland betrat ein Seminar der Ökumenischen Initiative Eine Welt in der Zukunftswerkstatt Ökumene im Oktober in Germete: Erstmals wurde auf einem Wochenend-Seminar gezielt die Verbindung zwischen Gewaltfreier Kommunikation (GfK) nach Marshall Rosenberg und nachhaltiger Lebensweise hergestellt.

Für die meisten TeilnehmerInnen war am Ende des Seminars klar, dass GfK ein geradezu ideales Instrument ist, um auf dem Weg hin zu individuell gelebter Nachhaltigkeit ein Stück voran zu kommen. Warum?

„Wer ist das Schwein?“

Die Antwort darauf deutete sich schon Freitagabend an, als Monika Flörchinger und Klaus-Peter Kilmer-Kirsch (zertifizierte GfK-TrainerInnen aus der Kommune Niederkaufungen) das Grundmodell menschlichen Konfliktverhaltens erläuterten: Innerhalb des Bezugssystems Ich-Du erleben wir Konflikte üblicherweise, indem wir bewerten und fragen „Wer ist schuld?“ - oder wie Monika es drastisch formuliert: „Wer ist das Schwein?“.

Jahrestreffen 2007 der ÖIEW

Das nächste Jahrestreffen der *Ökumenischen Initiative Eine Welt* (ÖIEW) vom 2. bis 4. März 2007 ist als „Strategie-Workshop“ geplant, bei dem über den künftigen Weg der ÖIEW nach den personellen und strukturellen Veränderungen der letzten Zeit beraten und entschieden werden soll. Es findet statt in der „Zukunftswerkstatt Ökumene“ in Warburg-Germete.

In seinem Rahmen wird auch die Mitgliederversammlung 2007 stattfinden. Die wird einerseits die aus dem Workshop hervorgehenden inhaltlichen Weichenstellungen zu beschließen haben, andererseits auch eine/n neue/n Vorsitzende/n und einzelne Vorstandsmitglieder wählen. Termin bitte vormerken, auch Anmeldungen sind ab sofort möglich. Einladung und nähere Hinweise folgen Anfang 2007.

Dabei gibt es kaum eine Konfliktsituation, in der man nicht auch sinnvoller reagieren könnte. Den dafür nötigen Einfühlungs- und Solidaritätsmodus muss man gar nicht ethisch begründen. Ganz praktisch gesehen hat man damit eine weitaus größere Chance, beim anderen eine Verhaltensänderung zu bewirken. Im Konfrontationsmodus hingegen löst man beim Gegenüber augenblicklich Ablehnung aus.

GfK, das begriffen wir recht schnell, ist einerseits ein Sprachkonzept, aber zugleich auch ein Lebensmodell. Letztlich arbeitet man dabei an einer wertschätzenden Verbindung zu sich selbst und zum anderen. Es geht darum, für die eigenen Gefühle und Bedürfnisse Verantwortung zu übernehmen und nicht in die Haltung zu gehen: An meinen Gefühlen ist jemand anders schuld. Erst in gelebter Verantwortung hat man eine reelle Chance, nachhaltig zu leben. Je mehr man seinen tiefsten Bedürfnissen gerecht wird, desto mehr treten Ersatzbedürfnisse in den Hintergrund bzw. werden überflüssig.

Die gefährlichste Falle auf dem Weg zu seinen tiefsten Bedürfnissen ist die Verwechslung von Bedürfnis und Strategie. Das Bedürfnis fragt: „Was wird in mir genährt, wenn das stattfindet?“, die Strategie sagt: „Ich will von dir“.

Bedürfnisse sind universell und elementar allen Menschen gemeinsam, unabhängig von anderen Personen oder Zeitpunkten. Klassische Bedürfnisse sind z.B. Liebe, Zugehörigkeit, Authentizität und Selbstwert, Freude und Lachen, Selbstbestimmung, Harmonie und Sinn. Machen sie sich abhängig von einer Person (wie zum Beispiel dem Partner),

dann verwandeln sie sich in Strategien. Klaus-Peter und Monika lassen keinen Zweifel: „Wenn wir nicht Verantwortung für die Erfüllung unserer Bedürfnisse übernehmen, dann machen wir andere dafür verantwortlich.“

Die „Schritte“ der Gewaltfreien Kommunikation enden mit einer Bitte an den anderen. Sie lässt dem anderen die volle Entscheidungsfreiheit und hat deshalb die größte Chance auf Erfolg. Von einer Forderung unterscheidet sie sich dadurch, dass sie mit einem Nein rechnet und es akzeptiert.

Andere Dinge begegnen einem

Auf dem Weg zum eigenen nachhaltigen Verhalten bietet sich die Übertragung der vier GfK-Schritte auf eigene Lebenskonflikte an. Das tut man am besten in der Reihenfolge, die das Schaubild zeigt (siehe unten). Am besten geht man so vor, dass man erst einmal innerlich die Schritte A - B1 - C1 geht, dann B2 und C2. Erst danach überlegt man sich D. Im Alltagsverhalten bleibt man meist bei B1 stehen, und eine Verhaltensänderung tritt nicht ein. „Wir wollen nämlich nicht gezwungen sein, nicht einmal von uns selbst.“ Indem man sich C1 und C2 achtsam anschaut, geht man auch mit sich selbst mitfühlend um.

Selten lässt sich ein Wunschverhalten nach einer nachhaltigeren Lebensführung gleich umsetzen. „Aber wenn man sich mit einem Bedürfnis verbindet“, sagt Monika, „geschieht anderes: Es begegnen einem dann Dinge, die dieses Bedürfnis nähren.“ Deshalb heißt es jetzt: erste Schritte machen, dran bleiben! ■

Bobby Langer

A) Tatsächliches Verhalten	
B1) Bewertung/Urteil	B2) Wunschverhalten
C1) Welches Bedürfnis erfülle ich damit?	C2) Welches Bedürfnis würde ich mir damit erfüllen?
D) Bitte: Ich habe nun beide Seiten gehört. Wie lassen sich möglicherweise beide Bedürfnisse verbinden?	

„Anders besser leben - wie kann das gehen?“

Eindrücke von den Theorie- und Praxistagen 2006 in Bischofrod (Thüringen)

Das Dorf Bischofrod liegt in einem Tal wunderschön eingebettet von saftigen Wiesen und Wäldern. Das beeindruckende Fachwerkhaus, in dem das Seminar stattfand, war das ehemalige Pfarrhaus. Daneben steht eine kleine schiefergedeckte Kirche, die nur noch selten benutzt wird. Vor dem Haus liegt eine Wiese mit plätscherndem Brunnen. Mir fiel sogleich auf, dass in der Wiese mit dem Rasenmäher eine Spirale eingebracht war. Ich staunte über die Vielfalt an Blumen vor der Veranda, alles war sehr liebevoll und harmonisch angelegt.

Schon beim Eintreten spürte ich eine wohlige Atmosphäre, ein handgemalter Zettel an der Türe lud mich „herzlich willkommen“ ein. Der Essraum war einfach möbliert, aber ich fühlte mich gleich wie zu Hause. Tee, Kaffee und Plätzchen standen bereit, und ich bediente mich und kam erst mal hier an. An den Wänden sah ich viele Blätter mit Willkommensgrüßen in vielen Sprachen aus ganz Europa.

Zum köstlichen biologischen Abendessen waren dann alle eingetroffen (8 Personen). Am Abend im Seminarraum lernten wir uns und unser Leitungsteam kennen. Das Ehepaar Carla und Hilmar Fahr lebt und arbeitet hier seit 25 Jahren, beide haben Gartenbau studiert, Carla ist zudem noch Tanzpädagogin, während Hilmar auch Erwachsenenpädagoge ist. Jürgen Holzheuer ist der Dritte im Bunde, ihn kenne ich schon vom Jahrestreffen der „Initiative Aufbruch“ in Germete.

Unser Tag begann mit Qi-Gong Übungen. Schweigend gingen wir zu einer Anhöhe auf eine Wiese, es war noch sehr kühl, doch die Sonne wärmte uns schnell. Jürgen leitete uns liebevoll und kompetent an. Zuerst kamen die Aufwärmübungen, danach ging es mit einfachen Übungen los, am Ende der Woche konnten wir dann schon einen kleinen Zyklus. Für alle Teilnehmer war das ein sehr meditativer Tagesbeginn, der uns zentrierte und in unsere Mitte brachte.

Das Frühstück war sehr lecker und ließ keine Wünsche offen, vom Frischkorn-

brei über frische Vollkornbrötchen, Käse, Wurst, Honig und selbstgemachte Marmelade (alles ökologisch) war alles auf dem Tisch.

Die Vormittage teilten wir uns in Arbeitsgruppen je nach Neigung und Möglichkeiten auf. Ich war in der Holzgruppe: Wir holten aus dem Wald gesägte Stämme an den Weg, die dann mit dem Traktor abgeholt wurden. Daheim sägten wir die Stämme, spalteten sie mit dem Spalter und schichteten das Holz vor dem Haus auf, denn es muss mindestens zwei Jahre trocknen, bevor es verheizt werden kann. Die anderen waren in der Küche oder im Garten beschäftigt: Beete anlegen, Unkraut zupfen oder Kompost umsetzen.

Es herrschte ein fröhliches Miteinander ohne Stress und Hektik, und doch ging uns die Arbeit gut von der Hand und wir staunten, wie schnell der Holzhaufen verschwunden war. Holz gibt es hier genug, und es ist das wichtigste Energiematerial für die Holzvergaseranlage, die eine größere Energieeffizienz und einen niedrigeren Schadstoffausstoß hat als normale Heizöfen. Zusätzlich befindet sich auf dem Dach des Fachwerkhauses noch eine Photovoltaikanlage, die Heizenergie durch die Sonne liefert.

Mit großem Appetit setzten wir uns an unsere „Tafel“, die wir wegen des schönen Wetters nun auf die Wiese verlegt hatten. Carla und ihre Helferinnen zauberten ein ums andere Mal einfache,

aber ganz leckere Gerichte. Ich merkte mir etliche Zubereitungen, um sie daheim nachzukochen. Manches hatte ich in diesen Zusammenstellungen noch nie gegessen, wie zum Beispiel gedünstete Löwenzahnknospen.

An den Nachmittagen fanden dann meistens Gespräche über Themen wie „Energie sparen“ oder „Alternative Wohnformen für Alt und Jung“, „Ökologischer Gartenbau“, „Was bedeutet Spiritualität für mich?“ statt. Jede/r hatte da was mit einzubringen und es gab doch etliches, was wir noch nicht wussten oder kannten. Einen Abend stellte uns Jürgen die Bewegung „Aufbruch - anders besser leben vor“.

Ein Wandertag führte uns durch die wunderschöne Landschaft des kleinen Thüringer Waldes. Wir hatten sogar eine Wanderführerin, die uns die Besonderheiten der Flora und Fauna sowie historische Begebenheiten dieses Landstriches lebendig nahebrachte. Es war ein erfüllter Tag!

Die Woche verging wie im Flug. Wir hatten jeden Tag Sonnenschein, was sich auf unser aller Tun sehr positiv auswirkte. Es war ein liebevolles Miteinander von Leben, Arbeiten, Essen und Feiern. Ich fühlte mich dort gut aufgehoben und kann nur empfehlen, diese Woche dort selbst mal mitzuerleben. Ein Genuss für Körper, Geist und Seele! ■

Werner Löslein



Ideen verbreiten und Leute erreichen

Anja Becker, die neue Geschäftsführende Referentin der ÖIEW

Seit Anfang Oktober 2006 ist Anja Becker aus Frankfurt/Main Geschäftsführende Referentin der *Ökumenischen Initiative Eine Welt* (ÖIEW). Im Interview mit Michael Steiner, dem ÖIEW-Vorsitzenden und Redakteur von *initiativ*, stellt sie sich vor.

Anja, du kommst aus der Umweltbewegung und aus der fachlichen Arbeit für eine Nachhaltige Entwicklung und kanntest bis vor kurzem die ÖIEW nur „aus der Ferne“. Was hat dich gereizt, dass du dich als ihre Geschäftsführende Referentin beworben hast, was lockt dich an der Stelle?

Als ich die Ausschreibung sah, war mir klar, dass dies eine Initiative ist, die mir von ihren Zielen her sehr nahe steht. Bestimmte Begriffe signalisieren das; z.B. fand ich es bemerkenswert, dass dort „Mitwelt“ stand und „gesprächsbereit“. Ebenfalls sehr angesprochen hat mich der internationale Bezug der Erd-Charta. Nachdem ich mehrmals außerhalb der BRD gelebt habe – unter anderem in Costa Rica, dem Land, in dem das internationale Bildungsbüro der Erd-Charta sitzt – ist mir wichtig, nicht nur Europa als einzige Realität vor Augen zu haben.

Es hat mich immer die Frage umgetrieben: Wie kann man Ideen verbreiten und wie kann man Leute erreichen? Ich hatte als Hörfunkjournalistin beim Radio in Göttingen angefangen und dann beschlossen, dass ich „auf der anderen Seite des Mikrophons“ stehen und direkt für Veränderung kämpfen will.

Ich halte den Ansatz der ÖIEW, politische Forderungen und persönliches Verhalten miteinander zu verbinden, für sehr zentral. Ich glaube, dass man als Initiative nur mit einer solchen Glaubwürdigkeit überhaupt überzeugen und kraftvoll kämpfen kann. Ich habe große Lust, hier mitzuarbeiten.

Du hast bis vor knapp einem Jahr bei der „Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit – genantet“ in Frankfurt / Main gearbeitet. Was ist denn das? Und was waren deine Aufgaben dort?

Ziel der Leitstelle ist es, eine zukunftsfähige Umweltpolitik zu fördern und dabei das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit voranzubringen. Der Grundgedanke dabei ist, dass es ohne Gerechtigkeit keine nachhaltige Entwicklung geben kann. Dabei geht es nicht nur um Männer und Frauen und die Frage der Beteiligung bei Entscheidungen. Sondern es geht ganz generell darum, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensrealitäten verschiedenster Gruppen in der Gesellschaft in den Blick zu nehmen.



Beim Thema Mobilität zum Beispiel: Die meisten Planer denken dabei vor allem an Straßen oder die neue Hochgeschwindigkeitstrasse, die die tägliche Entfernung ins Büro noch schneller zurücklegen lässt. Wie wesentlich aber ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz für ältere und junge Menschen ist, damit sie überhaupt eigenständig mobil sein können, ist meist nicht im Blick. Oder dass Kinder eine Sicherheit vor dem Autoverkehr brauchen, um spielen zu können, und somit ganz andere Anforderungen an ihre Mobilität haben. Auch viele Umweltbelastungen, wie z.B. Lärm, wirken auf Männer und Frauen, auf Kinder und ältere Menschen ganz unterschiedlich.

Das Umweltministerium hatte die Koordinationsstelle finanziert, um das Wis-

sen zu bündeln, zu vernetzen und Beratung anzubieten. Ich war dort wissenschaftliche Mitarbeiterin und Öffentlichkeitsreferentin. Das heißt, ich war inhaltlich für die Fachbearbeitung einer Reihe von Themen zuständig, für Biodiversität, Agro-Gentechnik und Landwirtschaft sowie das Thema deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Wir haben Informationsblätter erstellt, Tagungen veranstaltet und versucht, politisch Einfluss zu nehmen. Zum Beispiel war ich bei den Konsultationen zum Fortschrittsbericht der Nachhaltigkeitsstrategie und der Erarbeitung der Strategie zur biologischen Vielfalt dabei.

Du hast erst Biologie und dann noch Soziologie studiert und beide Studien erfolgreich abgeschlossen. Warum? Reichte nicht auch ein einziges Fach?

Es war in Costa Rica, wo ich für meine Diplomarbeit in Biologie forschte, als ich mich für eine neue Richtung meiner Zukunftspläne entschied. An einem Tag mit fast 100 % Luftfeuchtigkeit und einer senkrecht stehenden Sonne. Ich war gerade im Tieflandregenwald dabei, mit einem Handbohrer ein entsetzlich tiefes Loch in den Tropenboden zu graben. Ziel waren in der Tiefe wohnende, Biomasse zersetzende Mikroorganismen. Während ich grub, um einen winzigen Beitrag für die Einschätzung der Gefahren der Urwaldabholzung zu leisten, fragte ich mich dann doch, was etwas mehr an Wissen eigentlich an der Zerstörung ändern würde.

Zurück an meinem Studienort in Göttingen wollte ich herausfinden, wie gesellschaftliches Handeln zu begreifen ist und wie Macht und Herrschaft funktionieren, und belegte Kurse zu Globalisierung, sozialer Ungleichheit, Entwicklungssoziologie. In einer Fachwissenschaft alleine herrscht oft eine eindimensionale Weltsicht vor. Mit dem Zweitstudium der Soziologie wurde mir immer klarer, wie notwendig es ist, die komplexen Phänomene, mit denen wir es zu tun haben, inter- und transdisziplinär zu betrachten.

Deine Magisterarbeit in Soziologie hast du zum Thema „Umweltgerechtigkeit“ ge-

geschrieben. Das scheint ein „Lieblingsthema“ von dir zu sein. Was verbindest du – oder was verbindet dich – mit diesem Thema?

In den 1980er Jahren stellte eine Studie fest, dass in den gesamten USA besonders gesundheitsgefährdende Mülldeponien überwiegend in Gemeinden mit einem hohen Anteil schwarzer AmerikanerInnen liegen. Immer öfter kam es zu Protesten, es entwickelte sich eine Bewegung für „Environmental Justice“ (Umweltgerechtigkeit). Diese Bewegung hat übrigens 1991 eine Erklärung der „Principles of Environmental Justice“ erstellt, die mich sehr an die Erd-Charta erinnert; sie ist ebenfalls aus einer großen Achtung heraus für die Erde, die Verschiedenheit der Menschen und Kulturen und aus dem Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit und Verwobenheit aller Dinge geschrieben, auch mit einem starken spirituellen Bezug.

Ich wollte meine Masterarbeit über die Verknüpfung von Umweltfragen und gesellschaftliche Machtverhältnisse schreiben. Die Umweltgerechtigkeitsforschung untersucht dies systematisch und stellt fest, dass Menschen mit niedrigerem Einkommen überproportional durch ungesündere Umweltbedingungen benachteiligt werden.

Könnte oder sollte das deiner Meinung nach auch ein Thema für die ÖIEW sein oder werden?

Es ist eine aktuelle Möglichkeit, die Themen aus dem konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung aufzugreifen. Zumal „Umwelt und Gerechtigkeit“ auch im internationalen Zusammenhang immer wichtiger werden wird. Denken wir nur an die Giftmüllkatastrophe an der Elfenbeinküste vor ein paar Wochen. Oder an den Klimawandel: Hier sind die Menschen im Süden der Welt gleich doppelt ungerecht betroffen. Sie haben weniger beigetragen zu den Emissionen der Vergangenheit, die jetzt den Treibhauseffekt so verstärken; gleichzeitig sind sie aber die größten Leidtragenden, da sich Stürme und Dürren besonders verheerend auswirken und sich arme Inselstaaten viel weniger durch Dammbauten vor einem steigenden Meeresspiegel schützen können.

Was hast du generell für Ideen und Anliegen, die du gerne in und mit der ÖIEW voranbringen würdest?

Ich halte es für zentral, die Themen der Initiative dort einzubringen, wo die Welt aktuell hinterfragt wird und sie – so wie sie ist – nicht als selbstverständlich hingenommen wird: zum einen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, zum anderen in aktuelle Bewegungen und Diskussionen hinein wie z.B. die globalen Proteste gegen die ökonomische Globalisierung. Ende Oktober hat sich in Mannheim das Ökumenische Netz in Deutschland gegründet (siehe Artikel auf S. 12-13). Damit soll die Diskussion über eine solidarische und ökologische Lebens- und Wirtschaftsweise aufgenommen werden, „um Kirchen, Politik und Öffentlichkeit begründet herausfordern zu können, sich diesen Fragen zu stellen“. Ich halte das für einen spannenden Prozess.

Für die Erd-Charta finde ich es wichtig, dass sie nicht als etwas Statisches wahrgenommen wird, sondern mit Leben gefüllt wird. Sie muss für das Leben des Einzelnen konkret werden können. Hierzu ein Bildungskonzept zu entwickeln, ist eine Herausforderung.

Welche Eindrücke nach dem ersten Monat deiner Arbeit in Wethen kannst du als die wichtigsten benennen?

Zuallererst die große Freundlichkeit und Aufgeschlossenheit, mit der mir die Menschen überall begegnen. Seien es diejenigen aus der ÖIEW selbst oder meine neuen Büro- und HausnachbarInnen in Wethen. Ich habe mich sofort wohlgefühlt. Was mich ebenfalls freut, ist die Themenvielfalt, die innerhalb der Initiative und ihrer Mitglieder „zu Hause“ ist. Es macht mir Spaß, festzustellen, wie viele Menschen aus dem Umfeld der Initiative mir schon früher begegnet sind, ohne dass ich das von ihnen wusste. Selbst beim Soziologiekongress oder bei der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung traf ich Leute, die, wie sich herausstellt, einen Bezug zur ÖIEW haben.

Was mir sehr imponiert: Ich habe den Eindruck, in eine Organisation gekommen zu sein, deren Mitglieder tatsächlich das auch meinen, was sie sich auf die Fahnen schreiben. Z.B. dass man ei-

nen solidarischen Umgang miteinander nicht nur „im Großen“ einfordert, sondern sich auch selbst darum bemüht. Das ist nach meiner Erfahrung überhaupt nicht selbstverständlich!

Was machst du eigentlich in deiner Freizeit (die du als Geschäftsführende Referentin der ÖIEW ja hoffentlich auch noch haben wirst!)?

Ich bin gerne draußen, mein Partner und ich klettern, oder wir packen unsere Fahrräder und probieren aus, in welchen Ländern man gut Fahrrad fahren kann. Ganz besonders liebe ich die Berge. Früh am Morgen in den Alpen aus einer Hütte treten, unten in den Tälern liegt eine weiße Wolkendecke, weit im Westen ist eine Kette von Viertausendern, Berge mit Namen wie Nadelhorn, Dom, Allalinhorn – und schräg geht die Sonne auf und taucht diese ganze Bergwelt in ein Rosa, das auf jeder Postkarte übertrieben kitschig wäre... Aber hier draußen ist es einfach nur schön. Das vermittelt solch ein Gefühl von Freiheit und Weite und ein starkes Bewusstsein, lebendig zu sein inmitten von Schönheit. Es ist ja schwierig, das zu beschreiben, ohne entsetzlich pathetisch zu klingen!

Vielen Dank für deine Antworten – und gutes Gelingen in deiner neuen Arbeit! ■



Wie weiter nach Freising und Porto Alegre?

Tagung von KAIROS Europa und dem Ökumenischen Netz in Deutschland ÖNiD

Von Martin Schuler

Am letzten Oktober-Wochenende befasste sich eine gut besuchte Versammlung in Mannheim unter der obigen Frage mit Optionen eines künftigen ökumenischen Engagements für gerechten Frieden. Die Tagung bezog sich auf die Voten

a) der gemeinsamen Konferenz der *Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen* (ACK) und der ökumenischen Basisgruppen in Deutschland zur Halbzeit der ÖRK-Dekade „*Überwindung von Gewalt*“ („Agenda von Freising“, April 2005) sowie

b) der 9. Vollversammlung des *Ökumenischen Rates der Kirchen* (ÖRK) im Februar 2006 in Porto Alegre.

Beide haben sich im Blick auf die Weiterarbeit zu den Themen des konziliaren Prozesses für eine wesentlich stärker aufeinander bezogene Auseinandersetzung mit direkter und struktureller Gewalt ausgesprochen. Unter Einbeziehung von sehr beeindruckenden Gästen aus Ländern des Südens wurde dabei der Frage nachgegangen, wie die ökumenische Basis in Deutschland die für sinnvoll und notwendig empfundene Zusammenführung des internationalen Agape-Prozesses „*Wirtschaften im Dienst des*

Lebens“ und der Dekade zur Überwindung von Gewalt voranbringen kann.

Zynismus des Marktes

Die Grund- und Ausgangslage findet sich komprimiert und zugespitzt in dem (auf dieser Seite vorgestellten) Aufruf von ChristInnen vom 19. Oktober zum nächstjährigen G8-Gipfel in Heiligendamm. In den Referaten in Mannheim war dazu u.a. von einer „post-autistischen Ökonomie“ die Rede, die uns als ChristInnen vor die Entscheidung „Gott oder Mammon“ stellt. Die Frage laute: „Was gilt letztlich in unserer Gesellschaft? Wer oder was funktioniert als Gott bzw. Götze?“ (Ton Veerkamp) Der Markt ‚entscheide‘ und urteile nach dem Schema: Wer dort Erfolg hat, ist gut, gerecht, hat Recht; wer dort erfolglos ist, erleidet sein ‚gerechtes‘ Schicksal, ist arm, verhungert. Welch zynisches Bild!

Einige weitere Schlaglichter:

1. Der „vom Süden“ in den ökumenischen Dialog gebrachte Begriff des Imperiums stößt im Norden wohl deshalb

Forts. auf Seite 13

ChristInnen: Auf zum G-8-Treffen nach Heiligendamm!

ChristInnen aus der ganzen Welt rufen ChristInnen aus Deutschland zur Teilnahme an den Protesten gegen den G8-Gipfel vom 6.-8. Juni 2007 in Heiligendamm auf: „Wir – ChristInnen aus ganz verschiedenen Ländern der Erde, aber vor allem aus dem sogenannten ‚Süden‘, wo sich die tödliche Logik der neoliberalen Globalisierung am deutlichsten zeigt, der aber zur Zeit auch ein Erstarken der Basisbewegungen, der Selbstorganisation und des Protests gegen diese Logik erlebt – wir fordern euch auf: Seid solidarisch! Solidarisch mit der wachsenden Zahl von Menschen, die bei uns und bei euch auf der Schattenseite stehen, die Arbeit, ihr Zuhause, ihre Gesundheit oder ihr Leben verlieren, weil sie für die Profitmaximierung überflüssig sind oder ihr im Wege stehen.“

Zu den UnterzeichnerInnen gehören Leonardo Boff, Pedro Casaldáliga, Elsa Tamez, Franz-Josef Hinkelammert, Jon Sobrino, Alberto Moreira, Elisabeth Schüssler Fiorenza und rund 40 weitere TheologInnen aus Europa, Nord- und Südamerika, Afrika und Asien.

Der Aufruf kann auch hierzulande unterstützt werden. Er wird in Deutschland koordiniert vom *Institut für Theologie und Politik* in Zusammenarbeit mit *Pax Christi – Kommission Weltwirtschaft, Ökologie und soziale Gerechtigkeit*, dem *Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar*, *Kairos Europa* und INKOTA.

Der vollständige Aufruf findet sich im Internet unter: www.itpol.de

Anja Becker

Neue Publikation von „Kairos Europa“

Weltwirtschaftliche Gerechtigkeit ist von jeher ein besonderes Anliegen der weltweiten Ökumene. Seit 1997/98 haben der *Ökumenische Rat der Kirchen* (ÖRK) sowie der *Lutherische* und der *Reformierte Weltbund* (LWB bzw. RWB) große Anstrengungen unternommen zu untersuchen, vor welchen Herausforderungen die Kirchen heutzutage stehen. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung mit der Globalisierung aus der Perspektive des Glaubens haben sich die Stimmen der Kirchen des Südens durchgesetzt - mit der Konsequenz, dass die weltweite Ökumene ihre kritische Position zur neoliberalen Globalisierung zugespitzt und verschärft hat. Ebenso hat sie die Suche nach Alternativen hin zu einer Wirtschaft im Dienst des Lebens zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht.

Wie geht es nun aber weiter im ökumenischen Prozess für gerechte Globalisierung? Diese Frage steht im Mittelpunkt einer neuen Broschüre von Kairos Europa, die nach Darstellung und Interpretation der Dokumente und Beschlüsse der ÖRK-Vollversammlung von Porto Alegre 2006 zu einer gesamtökumenischen Ortsbestimmung des weltweiten Prozesses zur Globalisierung gelangt. Daran anschließend wird ein Blick auf die kirchenpolitische Landschaft in Europa und Deutschland geworfen. Abschließend werden konkrete Vorschläge für die Fortsetzung der Arbeit im Rahmen des ökumenischen Prozesses in Europa und besonders in Deutschland herausgearbeitet und zur Diskussion gestellt.

Kairos Europa: Wie geht es weiter nach den ökumenischen Vollversammlungen?, September 2006, 57 Seiten, 3,50 Euro zzgl. Versandkosten

Martin Schuler

Fortsetzung von Seite 12:

(noch immer) auf Ablehnung, weil die Menschen dieser Sphäre der Welt sich noch mehrheitlich als Gewinner der Globalisierung verstehen und im Grunde die Verlierer nicht so recht sehen wollen.

2. Insbesondere die (christlichen) Kirchen des Südens sind es, die hier von ihren Schwestern und Brüdern im reichen, mächtigen Norden erhoffen, erbitten und erwarten, dass ihre leidgeprüften Erfahrungen und Erkenntnisse im Sinne klarer Verständigung ungeschminkt in Gespräch, Diskussion und Verabredung zur Überwindung menschen- und lebensfeindlicher Zustände eingebracht werden. Christen und christliche Kirchen tragen ihren Namen nur dann zu Recht, wenn sie sich mit unbedingtem Vorrang zu ihrem einen Herrn bekennen und die Bedienung anderer Herrschaft als Götzendienst ablehnen und sich ihr mit Wort und Tat widersetzen.

3. Längst sind die Triebkräfte des Marktes und der Macht auch hierzulande voll im Einsatz, wie man z.B. im Kampf um ein den Menschen dienliches System der Gesundheitsvorsorge und Krankheitsbehandlung oder im Widerstand gegen gewinngetriebene Privatisierungen sieht.

Neues ökumenisches Netz

Diese Tagungseindrücke wurden mitgenommen und weitergeführt in die Beratungen der anschließenden Versammlung des ÖNiD. In Fortsetzung und Erweiterung der jährlichen „Ratschläge“ der ökumenischen Netze und Basisgruppen in den Jahren 1995-2005 wird seit vorigen November ein neuer Anlauf unternommen. Eingeladen sind alle Gruppen, die zu Themen des konziliaren Prozesses arbeiten.

In Mannheim wurde als Plattform ein seit Jahresbeginn erarbeitetes Selbstverständnispapier des ÖNiD verabschiedet: Unter dem Titel „Nicht Götzen, sondern dem Leben dienen!“ bildet es eine sehr qualifizierte Grundlage und gute Voraussetzung für die Weiterarbeit dieses neuen „Netzes“. (Die 10seitige Endfassung kann demnächst auch im ÖIEW-Büro angefordert werden; Adresse siehe letzte Seite.) ■

Wie wird Nachhaltigkeit lebendig? Werkstatt in der Evangelischen Akademie Bad Boll

Umfragen zu Folge können sich 40% der Bevölkerung vorstellen, fair gehandelten Kaffee zu kaufen – ganze drei Prozent tun es. Dieses als ein Beispiel von vielen zeigt wie in einem Brennglas die globalen Fragestellungen auf, die auf einer anderthalbtägigen Werkstatt in Bad Boll im Oktober 2006 hin- und her gewendet wurden. Zum Thema „Nachhaltige Lebensweise. Wie wird sie lebendig?“ hatte die Evangelische Akademie (Jobst Kraus) in Kooperation mit der Initiative „Aufbruch – anders besser leben“ (Gerhard Breidenstein) eingeladen.

Diskutiert wurden Gedanken und mögliche Schritte, wie man vom theoretischen Wissen zum praktischen Tun kommen und andere anstecken kann. Politik und Wirtschaft seien schon ziemlich weit. Das große Aber: Rund 2/3 der Umweltprobleme gingen direkt auf den privaten Verbrauch zurück. 40% davon seien durch leichte Verhaltensänderungen zu lösen. Die VerbraucherInnen mit ihren monatlichen Ausgaben von rund 80 Milliarden Euro seien sich ihrer Macht nicht bewusst. So die Ausgangsthese des Journalisten Bernhard Pötter, Autor des Buches „König Kunde ruiniert das Land.“

In Bad Boll trafen sich rund 30 Mitglieder von NGOs und aus dem kirchlichen Bereich; sie alle „nur“ Indianer, keine Häuptlinge, die wegen ihrer großen Reichweite doch so dringend erwünscht waren. In abwechslungsreichen Formensetzungen setzten die TeilnehmerInnen sich mit den Ausführungen und Thesen von einem Werbefachmann, von Journalisten, von AkteurInnen an Schaltstellen und mit den vielfältig eingebrachten meist langjährigen eigenen Erfahrungen auseinander.

Und wie war es um die Glaubwürdigkeit der TeilnehmerInnen bestellt? Das sah gut aus, was beispielsweise den privaten Bezug von Ökostrom betraf. Fast alle haben den Stromanbieter schon gewechselt. Als große Hürde wurde in diesem Zusammenhang genannt, dass die eigene Organisation oder Bezugsgruppe bei Verhaltensänderungen ziemlich hartleibig sei. Angesichts der Tatsache, dass Millionen von Menschen in Umwelt-

und Naturschutz-, Eine-Welt- oder kirchlichen Gruppen engagiert seien, breite sich hier ein weites Erfolg versprechendes Betätigungsfeld aus....

Stichwortartig seien zwei wichtige Trennlinien aus der Diskussion genannt: „Pakt zuerst und massiv die „big points“ wie Energie, Flugverkehr, Biolebensmittel an“ versus „Wenn viele kleine Leute viele kleine Schritte tun, wird sich das Gesicht der Welt verändern.“. Auch wurde die propagierte Rolle der Werbung für die „gute Sache“ von vielen kritisch beäugt.

Im Bemühen, das Dilemma zwischen Wissen und Tun aufzuheben, fielen viele strategische Überlegungen: ein gutes Gewissen verkaufen; die Verpackung muss stimmen; einfache klare Botschaften vermitteln; zielgruppenspezifische Arbeit; Werte ansprechen und dies als langjährigen Prozess anlegen; die Peer-Groups einbeziehen; Visionen transportieren; persönlicher Weg über Gruppen; die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit suchen; Kooperation mit anderen Gruppen; Koppelung der Arbeit mit sozialer Anerkennung; variable Strategien entwickeln; Vorbilder herausstellen; Überzeugungsarbeit innerhalb der eigenen Gruppe. Insbesondere die Tiefenwirkung der Bilder sprach viele an: „Lehre die anderen, nicht Schiffe zu bauen, sondern wecke in ihnen die Sehnsucht nach dem weiten Meer – dann suchen sie von allein Wege, um Schiffe zu bauen.“

Das große Ziel, eine gemeinsame Aktion auf die Beine zu stellen, z.B. zum Klimawandel, verfehlten wir. Die Werkstatt wurde aus Kostengründen und um die Häuptlinge anzulocken um einen Tag verkürzt. Angesichts der Komplexität des Themas und angesichts des Erfahrungs- und Ideenreichtums aller TeilnehmerInnen wäre ein weiterer Abend, an dem erfahrungsgemäß informell und auf der persönlichen Ebene vieles läuft, hilfreich gewesen. Erreicht wurde eine weitere intensive Vernetzung – eine gute Voraussetzung für die dringend notwendige Fortsetzung einer derartigen Veranstaltung. ■

Christine Denz

„Ganz Schön Anders“

Eine neue, ganz schön andere Broschüre der ÖIEW

Vor fast 35 Jahren erschien das Buch „Die Grenzen des Wachstums“, herausgegeben vom Club of Rome. Damals wurde vielen Menschen bewusst, dass die Ressourcen der Erde endlich sind und dass ihr Verbrauch nicht ungebremst weiter gehen kann. Eine Menge hat sich seit damals getan. Umweltgruppen, kirchliche Initiativen, grüne Parteien sind in vielen Ländern entstanden. Das „Umweltbewusstsein“ wuchs.

Und doch hat sich im Alltag merkwürdig wenig geändert. Weil der Schritt vom Wissen zum Tun groß ist, blenden die meisten ihr eigenes Wissen aus. Die globalisierte Welt bringt (scheinbar) andere Probleme. Man trennt seinen Müll und lebt ansonsten so weiter wie alle. Weil schlechtes Gewissen sich nicht gut anfühlt, wird die Verdrängung des ökologischen Wissens eher größer als kleiner.

Wie kommt man aus diesem Dilemma heraus? Zahlen, Statistiken, theoretische Überlegungen helfen nicht weiter. Gesucht werden Beispiele dafür, dass ein

anderes Leben möglich ist; lebendige, im besten Sinn „ansteckende“ Menschen, die nicht verkniffen und asketisch wirken, sondern aus dem Vollen schöpfen.

Solche Menschen porträtiert Christine Denz in „Ganz Schön Anders. Elf Lebensentwürfe, die Mut machen“. Es sind Menschen aus verschiedenen Generationen, Frauen, Männer oder auch Paare, die das „alternative Leben“ nicht von anderen verlangen, sondern bei sich selber angefangen haben. Sie wohnen in den verschiedensten Ecken Deutschlands, haben alle möglichen Berufe; fast alle haben Kinder. Viele sind Mitglieder der *Ökumenischen Initiative Eine Welt* (ÖIEW), die „Ganz Schön Anders“ herausgibt.

Da ist die Agraringenieurin, die mit anderen Familien lebensnotwendige Dinge teilt und mit einer großen Kinder­schar „mehrere Leben lebt“. Da ist die Kirchenbeamtin, die mit dem „Grünen Gockel“ für Umweltfreundlichkeit in Kirchengemeinden wirbt und diese auch in ihrer persönlichen und familiären Umgebung verwirklicht. Da ist der junge Magister, der für die „Erd-Charta“ brennt und Internet- und persönliche Kontakte zu anderen jungen Leuten in allen Erdteilen unterhält. Da ist das Mitglied der Hamburger „Wohnwarft“, welche ihren Bewohnern ein naturnahes und autofreies Leben mitten in der Großstadt ermöglicht – und noch viele andere Menschen.

Christine Denz hat ihnen allen Fragen gestellt: mit viel Verständnis und Einfühlungs­gabe, aber auch mit dem Wissen um die „Mühen der Ebene“. Die Interviews lesen sich daher nicht wie Missionsschriften, sondern als realistische Porträts von Menschen, die so sind wie Du und Ich – und doch ganz schön anders.

Die 72-seitige reich bebilderte Broschüre lädt zum Blättern und Schmökern ein. Die wunderbaren großformatigen Porträtfotos von Tim Krieger bringen die Personen nahe. Man sieht ihnen in der Gesprächssituation in die Augen und in ihrem Lebensumfeld über die Schulter. Text und Fotos zusammen bewirken, dass man sich im besten Sinn ein Bild



von einem anderen Leben machen kann, das aus seiner Ganzheitlichkeit seine Schönheit bezieht. Dem entspricht das Layout von Andrea Heine-Jungblut, das Buntheit und Ruhe vereinigt.

Neben den Porträts findet man zahlreiche Tipps, Anregungen und Mitmachprojekte, die den Einstieg in ein anderes Leben für die Leser geradezu verlockend machen, wie auch der Journalist und Ökologe Franz Alt in seinem Geleitwort bemerkt. Sorgfältig recherchierte Adressen und Websites vervollständigen den Serviceteil. Eine ungewöhnliche Lektüre mit nachhaltiger Wirkung, die sich auch dank des ansprechenden Layouts auszeichnet als Geschenk eignet.

Christine Denz: Ganz Schön Anders. Elf Lebensentwürfe, die Mut machen, 2006. Bezug über die ÖIEW und über den Buchhandel: 5,90 Euro (plus Versandkosten).

Dorothee Roos

„Reich Gottes – jetzt!“ Impulse für jeden Tag

Dieser Jahresbegleiter 2007 möchte mit kurzen Texten Tag für Tag an die Gegenwart des Reiches Gottes erinnern. Er eignet sich als persönliches Geschenk sowie als Fundgrube einprägsamer Zitate.

Die Texte stammen aus der Bibel und aus Schriften anderer Religionen sowie von Einzelautoren aus verschiedenen Ländern, Kulturen und politischen Zusammenhängen, u.a. aus der Erd-Charta und dem Basistext der ÖIEW. Sie sind zusammengestellt von Claus Petersen und befassen sich mit den Themen Gerechtigkeit, Frieden, Gewaltlosigkeit, Bewahrung der Erde und Fragen des Lebensstils.

Bestellungen an:
Claus Petersen, Herschelstraße 31,
90443 Nürnberg, Tel.: (09 11) 35 05-165, claus.petersen@stadtmission-
nuernberg.de

Neuer Flyer zur Erd-Charta

Nachdem die ÖIEW (zusammen mit dem BUND) in diesem Jahr die 5. Auflage der Erd-Charta publiziert hat, gibt es nun auch erstmals ein Faltblatt zur Erd-Charta. In komprimierter Form gibt es einen Überblick über Entstehung und Ziele der Erd-Charta, fasst ihre Grundsätze zusammen und informiert über Möglichkeiten des Engagements. Kostenlos zu beziehen bei der ÖIEW (Adresse siehe letzte Seite).

Aktionstipp der „Aufbruch“-Gruppe Murrhardt zum Kinofilm „Eine unbequeme Wahrheit“

„We feed the world“ hieß ein Film, der in den letzten Monaten in vielen Groß- und Kleinstädten erstaunliches Echo fand. Die „Aufbruch“-Gruppe Murrhardt veranlasste das hiesige Kommunale Kino dazu, diesen Film zu zeigen, und machte gleichzeitig das Angebot einer Diskussionsveranstaltung im Kino.

Schnell kam ein „Bündnis“ mit dem Kino-Verein, der örtlichen Naturschutzgruppe, dem Weltladen-Team und einem Biolandhof zustande. Ein gemeinsames kleines Flugblatt nannte die Vorführzeiten, den Termin der Diskussionsveranstaltung (nach der letzten Vorführung) und auch schon einige Tipps, wie man auf die schockierenden Fakten aktiv, d.h. durch entsprechend verändertes Einkaufen, reagieren könne; die Adressen und Öffnungszeiten des Weltladens und der Naturkostläden wurden auf der Rückseite aufgeführt. Die Lokalpresse informierte ebenfalls.

Am Abend der letzten Vorführung war das kleine Kino bis zum letzten Platz gefüllt. Einige von uns griffen nach dem Film die Stimmung der Zuschauer auf und erläuterten dann die alternativen Einkaufsmöglichkeiten sowie die Gründe für deren höhere Preise. Die allermeisten Kinobesucher blieben für eine gute halbe Stunde sitzen und einige beteiligten sich auch an der Diskussion;

das Echo war sehr positiv, die Lokalpresse brachte unseren Bericht.

Jetzt gibt es eine ähnliche Gelegenheit zu öffentlicher Verbreitung unserer Vorstellungen von zukunftsfähiger Lebensweise. Denn seit Oktober wird in den Kinos die deutsche Fassung des US-amerikanischen Dokumentarfilms „Eine unbequeme Wahrheit“ („An inconvenient truth“) gezeigt. In diesem Film sieht man Al Gore, den früheren Vizepräsidenten der USA und dann dubios unterlegenen Gegenkandidaten zu G.W. Bush, wie er auf sehr eindrückliche Weise über die Erderwärmung und ihre katastrophalen Folgen für das Klima spricht.

Hervorragende Schaubilder und ungewöhnliche Filmaufnahmen aus verschiedensten Regionen unseres Planeten machen den Vortrag und so auch den Film zu einem aufwühlenden Erlebnis. Aber er hat die selbe Schwäche wie der Film „We feed the world“: Er entlässt die Zuschauer geschockt und ohne Handlungsmöglichkeiten. Nur im Abspann verstreut werden ein paar eher harmlose Tipps gegeben, während das parallele Buch und die zugehörige Website www.climatecrisis.net eine ganze Reihe detaillierter Aktionsanregungen geben. Auf jeden Fall hat Al Gore's Film in den USA eine breite und dort



ganz neue Diskussion über die Klimakatastrophe ausgelöst, wie das „greenpeace magazin“ in seiner September/Oktober-Ausgabe anerkennend berichtet.

Gerhard Breidenstein

Biografie des gewaltfreien Rebellen Adolfo Pérez Esquivel

Am 26. November 2006 wurde Adolfo Pérez Esquivel 75 Jahre alt. Der Friedensnobelpreisträger von 1980 hat als Künstler und politischer Repräsentant der SERPAJ-Bewegung (Servicio Paz y Justicia) den Völkern Lateinamerikas ihre Hoffnung auf „Befreiung“ bewahrt und gestärkt.

Pünktlich zum Geburtstag erschien eine eindrucksvolle und originelle Biografie einer Freundin seiner Familie. Durch die Verknüpfung verschiedener Erinnerungstexte von Esquivel und einigen LebensbegleiterInnen mit aktuellen Fragen der Herausgeberin aus vielen persönlichen Gesprächen und Esquivels Antworten ist ein Kaleidoskop gelungen, das immer wieder neue

Einblicke in dieses erfüllte und konsequente Leben gibt. Der Band wird zum Geschenkband für Autor und Publikum – besonders auch durch die vielen Fotos und eigenen Bilder Esquivels.

Das Lebenswerk eines „Gewaltfreien“ in der Tradition derer, die ihn auf dem Titelbild begleiten: Gandhi und Martin Luther King. Angemessen sind deshalb auch das Vorwort des Dalai Lama und das Geleitwort des Befreiungstheologen Leonardo Boff.

Marianne Spiller-Hadorn (Hrsg.): Adolfo Pérez Esquivel. Der gewaltfreie Rebell, Zürich (Orell Füssli Verlag) 2006, 192 S., 21,50 Euro

Reinhard J. Voß

IMPRESSUM:

initiativ - Rundbrief der Ökumenischen Initiative Eine Welt

Herausgeber und Verleger:
Ökumenische Initiative Eine Welt e.V. (ÖIEW)

Redaktion:
Diotima Csipai, Michael Steiner

Redaktionsanschrift:
ÖIEW, Mittelstr. 4,
34474 Diemelstadt-Wethen,
Tel. 05694-1417, Fax 05694-1532,
e-mail: info@oew.de

Satz/Gestaltung:
Michael Steiner, Bonn

Gedruckt auf Recycling-Papier bei Knotenpunkt e.V., Buch/Hunsrück
Auflage: 1.300

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1. November 2006
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 1. Januar 2007

Der Bezugspreis wird durch Mitgliedsbeiträge abgegolten.
Bestellungen an o.a. Adresse der ÖIEW.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

„ÖFFENTLICHKEIT“

Im alten griechischen Ideal ist gemäß Hannah Arendt die Teilnahme an der Öffentlichkeit der *Polis* in der *Agora* dem freien Bürger vorbehalten, der die Lebensnotwendigkeiten des privaten Haushalts (*Oikos*) überwunden hat und in die freie Sphäre der Öffentlichkeit übergehen kann. Dieser Logik folgend ist ein arbeitender Mensch nicht frei, da er noch mit Lebensnotwendigkeiten beschäftigt ist, welche der Freiheit berauben. (...)

In demokratischen Gesellschaften spielt die Öffentlichkeit eine wichtige Rolle, denn in ihr findet die (politische) Meinungsbildung statt. Die Presse ist wichtiger Teil und Spiegel der Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang sind öffentliche Güter wichtig, die Öffentlichkeit überhaupt erst ermöglichen. Eine lebendige Öffentlichkeit kann als Grundlage zur Entwicklung von Zivilgesellschaft gesehen werden.

Gleichzeitig kommt der Öffentlichkeit jedoch auch eine wichtige Funktion bei der Herstellung von Geschlechteridentitäten zu. Die Trennung bürgerlicher Gesellschaften in private und öffentliche Räume geht dabei mit geschlechtsspezifischen Zuschreibungen einher, die Frauen den privaten und Männern den öffentlichen Raum zuweisen, so dass es oftmals zu einem Ausschluss von Frauen aus Prozessen der öffentlichen Meinungsbildung kommt. In modernen Mediengesellschaften führt die öffentliche Kommunikation oft zur Etablierung von Geschlechterhierarchien, die mit Mechanismen des Ein- und Ausschlusses einhergehen.

(aus der Internet-Enzyklopädie „Wikipedia“, Version vom 6.11.2006)

Für das Geschehen von Weihnachten und für die Entwicklung des Christentums insgesamt dürfte ein entscheidender Faktor gewesen sein, dass der Stall von Bethlehem kein allzu „privater“ Raum war – und auch bis heute allen Privatisierungs- (wenn auch nicht allen Kommerzialisierungs-) Tendenzen erfolgreich widersteht...

Vorstand und Mitarbeitende der ÖIEW
wünschen allen Leserinnen und Lesern
eine gesegnete Weihnachtszeit
– nicht nur im privaten Kreis!

öiew
mittelstr. 4
laurentiushof
wethen
34474 diemelstadt

www.oew.de

fon 0 56 94 - 14 17
fax 0 56 94 - 15 32

spendenkonto
waldecker bank e.g.
blz 523 600 59
konto 0 915 300

email info@oew.de